Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtrag-gebühr. Einzelnummern 20 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 214. — 83. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, 12. September 1924

Apponyis Wahrheiten.

Man soll im Hause des Gehenkten nicht vom Strick und auf der Völkerbundversammlung nicht vom Minderheitenschutz reden.

Aber gerade darüber redete in Genf der Graf Apponyi, der Vertreter Ungarns. Merkwürdig still blieb die Versammlung, die doch jedem Worte von Herriot oder Macdonald minutenlang Beifall klatschte. Blieb still, weil der Ungar die Wahrheit redete über das alles, was der Völkerbund den Minderheiten gegenüber — nicht getan hat. Wenn man klatschen hörte, so waren das höchstens die moralischen Vorhaltungen, welche der Völkerbundrat nebst -versammlung reichlich erhielt. „Bis jetzt sei auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes noch nirgends Gerechtigkeit ausgeübt worden."

Denn auch Ungarn kann ein Lied singen; fast ist es als ein gerechtes Geschick zu bezeichnen, daß dies Land, das zuerst aus den Reihen der Mittelmächte wegbrach, etwa die Hälfte seiner Volksgenossen an die Nachbarstaaten verlor, sogar die alte Krönungsstadt Preßburg. Vier Millionen Ungarn sind jetzt den Serben, den Rumänen, den Tschechoslowaken überantwortet. Apponyi verlangt für diese vier Millionen wenigstens kulturelle Sicherheiten; ob beim Völkerbund mit Erfolg, daran zweifelt der Graf wohl selbst mit seinem Wort, daß „der Völkerbund durch seine Zusammensetzung politisch gebunden sei". Außerdem habe der Völkerbund praktisch derart geringe Befugnisse, daß er doch nichts ausrichten kann, wenn irgendeine auch noch so kleine Macht nicht pariert. Da hat sicher niemand Beifall geklatscht oder ein: „Sehr richtig!" gerufen.

Der Graf wird sogar noch viel deutlicher, nämlich in der Frage der Abrüstung. Da die Entente bekanntlich gegen den „Militarismus" gekämpft hat — wenigstens hat sie es immer gesagt — ist der Befehl an die Mittelmächte, ihre Rüstung zu zerschlagen, dadurch ergänzt worden, daß man versicherte, diese Abrüstung sei der Anfang der allgemeinen. Den Befehl mit dieser Versicherung, die auch ausdrücklich in den Friedensverträgen enthalten ist, sozusagen moralisch-humanitär unterbreite. Bloß hat man das Umgekehrte dieses Versprechens getan. Nun besitzt Graf Apponyi die Keckheit, zu verlangen, daß dieses Versprechen auch eingehalten wird.

Ungarn ist ja Mitglied des Völkerbundes geworden, aber was für ein Mitglied! In der Völkerbundakte wird ausdrücklich gesagt, daß alle Völker in der Abrüstungsfrage nicht bloß, sondern überhaupt gleichmäßig zu behandeln sind. Sozusagen Brüder sein sollen. Davon ist aber, selbst wenn sie Mitglieder sind, im Verhalten den Mittelmächten gegenüber nichts zu verspüren. In Ungarn habe die Militärkontrollkommission ihre Nase in die geringsten Kleinigkeiten militärisch-technischer Art gesteckt, sei noch erheblich über ihre weitgesteckten Befugnisse hinausgegangen, kurz, Ungarn werde als Völkerbundsmitglied in einer Weise behandelt, die dem ganzen Völkerbundpakt Hohn spricht. Apponyi stellt die vermessene Frage, wo denn da die ganze vielberühmte „Brüderlichkeit" bleibe! Es gebe zweierlei Recht: hier die „Siegerstaaten", dort die Unterlegenen, gegen die jene andern ein Ausnahmeregime errichtet haben — unter der Billigung des Völkerbundes. Und schließt endlich mit dem bitteren Wahrheitssatz, daß Brüderlichkeit unter den Nationen nicht möglich sei, solange gewisse Staaten einem Ausnahmeregime unterworfen seien, solange es zweierlei Recht gebe.

Als Deutscher muß man auf diese Rede des Ungarn merken. Hier blies ein scharfer Wind von Wirklichkeit in den Nebel von Genf hinein; hier sprach ein Mann über die Erfahrungen, die sein Staat nach dem und trotz des Eintritts in den Völkerbund gemacht hat. Und wenn wir überall dort, wo er „Ungarn" sagte, „Deutschland" setzen, dann können wir enorm viel daraus lernen.

In Genf hat man die Rede achselzuckend hingenommen, denkt man gar nicht daran, von dem bisherigen Wege des „zweierlei Recht" abzuweichen. Vielmehr hat die ständige Militärkommission beim Völkerbund eifrig an dem Projekt für die praktische Durchführung der Militärkontrolle des Völkerbundes in den besiegten Ländern weitergearbeitet. Nicht bloß für Ungarn, Bulgarien und Österreich, also Mitgliedern des Bundes, sondern ganz formell für Deutschland, wo ja diese Völkerbundkontrolle nach Beendigung der augenblicklich abgehaltenen interalliierten Untersuchung eingeführt werden soll. Sie ändert also nur den Namen, kaum die Personen. Und sie wird dauernd sein, besonders in der entmilitarisierten Zone links und 50 Kilometer rechts des Rheins. Ohne jede Sicherheit jedem Zugriff der Nachbarn ausgesetzt sind wir ja auch, weil man zwar uns zur Abrüstung zwang, die andern desto stärker rüsten.

Die offene Behandlung der Militärkontrolle in den unterlegenen Ländern vor dem Völkerbund will man in Genf vermeiden. Offenbar war die Rede Apponyis zu unangenehm. Wenn nun die Versammlung auseinandergegangen ist, will man mit dem Ergebnis der geheimen Kommissionsberatung herauskommen. Man setze dann über die kommenden Beschlüsse die Überschrift: Zweierlei Recht! Und so groß und deutlich, daß es auch Deutschland lesen und seine Schlüsse daraus ziehen kann.

Die Ingangsetzung des Verkehrs im besetzten Gebiet.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Dortmund, 11. September. Eine Wiederbelebung des durch die Einrichtung der Zollinie stark gelähmten geschäftlichen Lebens in Dortmund kann erst dann erwartet werden, wenn die Verkehrsverhältnisse der neuen Lage angepaßt sind. Die Eisenbahnverwaltung geht in den nächsten Tagen schon dazu über, zwanzig Zugpaare, die während der Besetzung nur auf Umwegen Dortmund erreichten, wieder fallen zu lassen, um Dortmund wieder in direkte Verbindung mit dem unbesetzten Vorland zu bringen. Es kommen hauptsächlich die Strecken Schwerte—Hörde—Hackenei—Dortmund-Süd—Soest—Unna, Hamm—Unna in Betracht. Die Regie wird zu diesen Aenderungen ihre Zustimmung geben.

Oberhausen militärisch geräumt.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Oberhausen, 10. September. Die französischen Truppen sind aus Oberhausen abgerückt, nachdem bereits seit einigen Tagen mit der Absendung der Materialien begonnen worden ist. Der zuständige Dezernent des Besatzungsamtes wandte sich im Laufe des heutigen Tages an die Polizeiverwaltung, um eine starke Ueberwachung der durch den Abtransport freigewordenen Räumlichkeiten und Gebäude zu ermöglichen. Es wird ferner mitgeteilt, daß auch über den 16. September hinaus noch ein kleiner Teil von Polizei- und Gendarmerietruppen in Oberhausen verbleiben wird zwecks Aufrechterhaltung des Ordnungsdienstes.

Der Erfolg des französischen Ruhrunternehmens.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".)

Paris, 11. September. Das Auswärtige Amt veröffentlicht in Beantwortung einer Anfrage eines Parlamentariers eine Statistik über Einnahmen und Ausgaben im Ruhrgebiet während der Zeit vom 11. Januar 1923 bis 30. Juni 1924. Franko-belgische Einnahmen: 1. Franko-belgische Bargeldeinnahmen 1.588.100.000 Franken, 2. Einnahmen der franko-belgischen Eisenbahnregie 197.900.000 Franken, 3. Noch außenstehende Beträge 150.500.000 Franken, insgesamt 1.936.500.000 Franken. Die Ausgaben sind 1. Unkosten bei der Regelung der Arbeiter- und Beamtenentlohnungen 38.900.000 Franken, 2. Bestreitung von Kohlentransporten und der direkten Grubenausbeutung 491.700.000 Franken, 3. Besatzungsunkosten 415.800.000 Franken, insgesamt 941.400.000 Franken. Der verfügbare Ueberschuß beträgt 995.100.000 Franken.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Genf, 10. September. Die Abrüstungskommission trat heute nachmittag 3 Uhr zusammen. Die Sitzung gestaltete sich durch eine neue Erklärung des englischen und des französischen Vertreters über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund höchst bedeutsam. Als erster sprach der Vertreter Serbiens. Die Sonderverträge, die von amerikanischer Seite abgelehnt werden, sind nach Ansicht des Redners durchaus notwendig. Der Weltkrieg wäre früher ausgebrochen, wenn nicht Sonderverträge bestanden hätten, die Europa fast fünfzig Jahre lang den Frieden geschenkt haben. Die Verträge müßten im Sinne des Völkerbundes abgeschlossen werden, dann vervollständigten sie das System des Völkerbundpaktes. Wir müssen also eine Formel der Abrüstung finden, ohne daß sie die nationale Sicherheit gefährdet. Lord Parmoor, der Vertreter Englands, erklärt: Die Lösung, die wir suchen, ist bereits im Völkerbundpakt und im internationalen Schiedsgerichtshof enthalten. Der Redner unterscheidet drei Arten von Streitfragen: erstens diejenigen, die dem Schiedsgericht unterbreitet werden, zweitens juristische und drittens solche, die der vorbereitenden Prüfung durch den Rat bedürfen. Die Abrüstungsfrage muß allgemein gelöst werden. Sie kann nicht gelöst werden, solange Deutschland nicht im Völkerbund vertreten ist. Großbritannien würde jeden Vorschlag unterstützen, der Deutschlands Mitgliedschaft betrifft, und zur bestimmten Zeit Vorschläge hierüber machen. Ob Deutschland noch in dieser Session aufgenommen werden könne, wisse er nicht. Der japanische Vertreter erklärt, man müsse sich an den Pakt halten, sein wesentlicher Inhalt dürfe nicht durch den Garantievertrag abgeändert werden. Boncourt (Frankreich) besteht darauf, das Schiedsgericht könne nicht von der Sicherheitsfrage getrennt werden. Die Mehrheit der Mächte hätte sich für den Garantievertrag erklärt. Es wäre sicherlich möglich, die Bedenken der übrigen aus der Welt zu schaffen. Frankreich habe den Gedanken des Gerichtshofes verwirklicht. Die Gesamtheit aller Regierungen müsse zusammenstehen und auch Deutschland müsse daran mitarbeiten. Der Redner erklärt, daß er sich der Konsequenz seiner Worte voll bewußt sei, er wäre sich mit Lord Parmoor darin einig, daß die Sicherheit nur dann gewährleistet sei, wenn auch Deutschland an den Beratungen teilnimmt. Jede Nation soll nach ihren Mitteln zu den Sanktionen beitragen. Frankreich werde alle Abänderungsanträge prüfen. Sonderabkommen werden allerdings notwendig sein, da die Nationen sich in verschiedener geographischer und politischer Lage befinden. Jede Nation könne öffentliche Sonderabkommen abschließen. (Beifall.) Die Kommissionsberatungen werden darauf auf morgen vertagt.

Italienischer Ministerrat über Genf.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Genf, 10. September. Der italienische Ministerrat tritt Freitag früh zu einer Sitzung zusammen. Die Sitzung wird der Frage der Innen- und Außenpolitik gewidmet sein. Der Ministerrat wird über die Tätigkeit der italienischen Delegierten in Genf sprechen und einen Ueberblick über die Arbeiten der Vollsitzung geben.

Arbeitswiederaufnahme im rheinisch-westfälischen Baugewerbe.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".)

Essen, 10. September. Durch einen Schiedsspruch des Reichs- und Staatskommissars Mehlig sind die Schwierigkeiten im rheinisch-westfälischen Baugewerbe nunmehr behoben. Die Arbeit wird Freitag, den 12. September, einheitlich in Rheinland-Westfalen wieder aufgenommen.

Tylessen auch in Budapest.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Budapest, 10. September. Die Budapester Polizei hat nunmehr genaue Beweise dafür, daß sich auch der zweite Erzberger-Mörder, Tylessen, in Budapest aufhält. Man erwartet, daß seine Verhaftung bevorsteht.

Wieder Brotmarken in Paris?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 11. September. Die der Regierung nahestehenden Zeitungen teilen mit, daß die Regierung nötigenfalls die Brotmarken wieder einführen wird. Zunächst soll aber versucht werden, mit den vorhandenen Vorräten haushälterisch umzugehen.

Zeichnet Paris den Dawes-Kredit?

Die 800-Millionen-Anleihe

Paris, 10. September.

Die Frage, ob Frankreich sich an der nach dem Dawes-Plan vorgesehenen 800-Millionen-Anleihe für Deutschland beteiligen soll, wird heute in einem offenbar inspirierten Artikel des „Matin" behandelt. Das Blatt schreibt:

Der amerikanische Finanzsekretär Mellon hat den französischen Banken die Teilnahme an der Anleihe angeraten und darüber mit Herriot, dem Finanzminister Clementel und dem Gouverneur der Bank von Frankreich Robinaux gesprochen. Die französischen Banken würden höchstwahrscheinlich etwa 5 % übernehmen, doch sollen diese für Frankreich in Dollar ausgestellt werden. Es sei noch unentschieden, ob diese 10 Millionen Dollar im Tresor der Bank von Frankreich bleiben oder an der Börse in Paris gehandelt würden. Darüber werde die französische Regierung demnächst eine Entscheidung treffen.

Der „Matin" macht dabei einige Bemerkungen, bei denen man natürlich die einseitige französische Stimmungsmache beachten muß. Herrn Mellon sei mitgeteilt worden, daß in Paris seit 1871 keine deutsche Anleihe gezeichnet worden sei. Darauf habe Mellon geantwortet, die Anleihe für Deutschland sei in Amerika nicht populär, aber wenn Frankreich einen Teil zeichne, dann würde diese Beteiligung eine gute Wirkung auf Amerika ausüben. Man würde erkennen, daß die Anleihe weniger für Deutschland als für Europa bestimmt sei, und daß sie hauptsächlich den Zweck habe, die Reparationen zu sichern. Die französische Finanz habe Bedenken geäußert, aber schließlich sei es gelungen, sie zu überwinden. Der „Matin" weist auf das gute Geschäft hin, das man unter Umständen mit der Anleihe machen könne. Das kann man wohl als eine Vorbereitung auf eine „Anleihehausse" betrachten. Und ferner wird gemeldet, Amerika sei bereit, Frankreich eine Eisenbahnanleihe von 10 Millionen Dollar zu geben. Die Amerikaner sollen auf jeden Fall in finanzieller Beziehung freundlich gestimmt werden, deshalb wohl auch die angekündigte Unterstützung der Dawes-Anleihe.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF